

TARIFPOLITISCHER HALBJAHRESBERICHT 2016

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. Übersicht	1
2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick	5
3. Ausgewählte Tarifrunden	7
3.1 Öffentlicher Dienst – Bund und Gemeinden	7
3.2 Metall- und Elektroindustrie	10
3.3 Chemische Industrie	14
4. Ausblick	15

Anhang

Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Tarifliche Branchenmindestlöhne
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2016

Impressum

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon +49 211 7778-232
Telefax +49 211 7778-4232

www.boeckler.de
www.wsi.de

Kontakt

Dr. Reinhard Bispinck
reinhard-bispinck@boeckler.de

Tarifpolitischer Halbjahresbericht (Internet) ISSN 1861-1842

1. Übersicht

In der Tarifrunde 2016 liegen zur Jahresmitte bereits zahlreiche Abschlüsse für einige große und viele kleinere Branchen und Tarifbereiche vor. Die Ergebnisse zeigen, dass die Abschlussraten im Vergleich zum Vorjahr leicht niedriger ausfallen und auch die jahresbezogene Tarifierhöhung geringer ist. Die tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden in diesem Jahr preisbereinigt voraussichtlich um rund 2,5 % steigen. Die Tarifrunden im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie wurden von breiten Warnstreikwellen geprägt, die Zahl der Ausfalltage blieb jedoch weit unter dem Vorjahresniveau (WSI 2016).

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** im Vorfeld der Tarifrunde 2016 waren vergleichsweise günstig (IMK 2016). Die realen Wachstumsraten nahmen 2015 quartalsweise stetig zu, im gesamten Jahr ergab sich ein Wachstum von 1,7 %, also geringfügig höher als im Vorjahr. Die Institute prognostizierten zu Jahresbeginn 2016 wie bereits im Vorjahr mehrheitlich ein reales Wachstum zwischen 1,5 und 2,0 % und einen Anstieg der Verbraucherpreise überwiegend zwischen 0,5 und 1,4 %.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief erneut positiv (BA 2016): Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf 2015 um 330.000 (+0,9 %), bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Zuwachs mit 1,9 % stärker aus. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging 2015 um 4,0 % zurück, die Arbeitslosenquote sank von 6,7 auf 6,4 %. Im Vorfeld der Tarifrunde spielte auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes eine wichtige Rolle. Eine Reihe von Mainstream-Ökonomen und Instituten prognostizierten mehr oder minder starke negative Effekte auf die Beschäftigung, was sich jedoch im Rückblick als völlige Fehleinschätzung herausstellte (Amlinger u. a. 2016).

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** der Gewerkschaften begründete der DGB mit den Rekordgewinnen der Unternehmen, der florierenden Exportwirtschaft und der positiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte (DGB 2016). Sie bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 4,5 und 6,0 % und damit insgesamt etwas niedriger als im Vorjahr.

Die höchste Forderung in den größeren Tarifbereichen stellte ver.di im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) mit 6,0 % auf. Im privatwirtschaftlichen Bereich folgte dichtauf die IG BAU mit 5,9 % für das Bauhauptgewerbe. In einigen NGG-Tarifbereichen forderte die Gewerkschaft 5,5 %. Die häufigste Tarifforderung belief sich auf 5,0 %, so u. a. in der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie, der Druckindustrie und bei der Deutschen Telekom. Im Bankgewerbe lag sie mit 4,9 % knapp darunter. In kleineren ostdeutschen Tarifbereichen wurden 4,5 % gefordert. Forderungen mit einer ausgeprägten „sozialen Komponente“ spielten in dieser Tarifrunde keine prominente Rolle. Im bayerischen Hotel- und Gaststättengewerbe forderte die NGG einen Festbetrag von 100 €/Monat.

Auch in dieser Tarifrunde gab es in einigen Tarifbereichen qualitative Tarifforderungen: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Altersteilzeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung.

Insgesamt laufen von Ende 2015 bis Ende 2016 die Einkommenstarifverträge für knapp 12 Millionen Beschäftigte aus. Der Kündigungsterminkalender gab u. a. folgenden zeitlichen Ablauf der Tarifrunde vor:

- *Januar*: Deutsche Telekom AG
- *Februar*: Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)
- *März*: Metall- und Elektroindustrie, Druckindustrie, Brot- und Backwarenindustrie
- *April*: Bauhauptgewerbe, Bankgewerbe, Maler- und Lackiererhandwerk
- *Mai*: Volkswagen AG, Kautschukindustrie
- *Juli/August/September*: Chemische Industrie
- *September*: Deutsche Bahn AG
- *Oktober*: Papier und Pappe verarbeitende Industrie
- *Dezember*: Öffentlicher Dienst (Länder), Zeitarbeit

In einigen Branchen wird in diesem Jahr nicht verhandelt, weil die Verträge bis ins Jahr 2017 hinein laufen. Dazu gehören u. a. die Textil- und Bekleidungsindustrie, das Kfz-Gewerbe, der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel, das Gebäudereinigerhandwerk und Teile der Energiewirtschaft. Ein Blick auf ausgewählte **Tarifabschlüsse** zeigt für das erste Halbjahr folgendes Bild (siehe auch Übersicht 1):

Januar

Für die Beschäftigten der Süßwarenindustrie Ost einigten sich die Tarifparteien bereits in der 1. Verhandlungsrunde auf eine Tarifsteigerung um 2,7 % ab Januar 2016 und eine weitere Anhebung um 2,4 % im Januar 2017 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum Ende 2017.

Februar

In der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie erfolgte der erste Abschluss für Baden-Württemberg: nach 4 Nullmonaten (Januar bis April) werden die Tarife um 2,0 % ab Mai 2016 und weitere 1,7 % ab Juli 2017 erhöht bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis Ende 2017. Darüber hinaus wurde ein Tarifvertrag Demografie abgeschlossen. Für die Tarifgebiete Niedersachsen/Bremen, Westfalen-Lippe, Rheinland-Pfalz und Bayern wurde dieser Abschluss inhaltsgleich übernommen.

März

Im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern erreichte die NGG nach 2 Nullmonaten (Februar und März) eine Pauschalzahlung in Höhe von 40 € für April (ohne Auszubildende), ab Mai steigen die Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 3,0 % gefolgt von einer Stufenerhöhung um 2,0 % zum Mai 2017. Der Tarifvertrag gilt bis zum April 2018.

April

Bei der Deutschen Telekom AG setzte ver.di in der 4. Verhandlungsrunde am 12. und 13. April folgenden Abschluss durch: Nach zwei Nullmonaten (Februar und März) Anhebung der Tarifvergütung in den unteren Entgeltgruppen um 2,6 %, in den oberen um 2,2 %, eine Stufenerhöhung im April 2017 um 2,1 % bei einer Laufzeit von insgesamt 24 Monaten bis Januar 2018. Der Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen wurde bis Ende 2018 verlängert. Die Tarifrunde wurde von Protest- und Warnstreikaktionen mehrerer zehntausend Beschäftigter begleitet.

Im Öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) einigten sich die Tarifparteien am 29.04. auf eine Anhebung der Tarifentgelte um 2,4 % ab März 2016 und weitere 2,35 % ab Februar 2017 mit insgesamt 24 Monaten Laufzeit bis Februar 2018. Eine neue Entgeltordnung für Gemeinden wurde vereinbart und Regelungen zur Sicherung der betrieblichen Altersversorgung getroffen (siehe Punkt 3.1).

Mai

Nach intensiven Warnstreiks mit rund 800.000 Beteiligten erreichte die IG Metall am 13.05. in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen einen Pilotabschluss mit einer Tarifanhebung von 2,8 % ab Juli 2016 und weiteren 2,0 % ab April 2017 mit einer Laufzeit von 21 Monaten bis Dezember 2017. Für die drei Nullmonate (April - Juni) wird eine Pauschale von 150 € gezahlt. Auch eine Regelung zur betrieblichen Differenzierung wurde vereinbart. Der Abschluss wurde in den anderen Regionen und auch bei Volkswagen übernommen (siehe Punkt 3.2).

Im Bauhauptgewerbe einigten sich die Tarifparteien in der 4. Runde am 18.05. auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 2,4/2,2 % im Westen und Berlin sowie 2,9/2,4 % im Osten, jeweils ab Mai 2016/2017, bei einer Laufzeit von 22 Monaten bis Februar 2018.

Juni

Nach einer regionalen und zwei bundesweiten Verhandlungsrunden vereinbarten die Tarifparteien in der chemischen Industrie einen Tarifabschluss mit einer Tarifierhöhung von 3,0 % für 13 Monate ab 01.08., 01.09. bzw. 01.10.2016 sowie einer anschließenden Stufenerhöhung um 2,3 % für weitere 11 Monate. Die (regional unterschiedliche) Laufzeit beläuft sich insgesamt auf 24 Monate (siehe Punkt 3.3).

Übersicht 1: Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2016

Abschluss	Tarfbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2016	2017
19.01.	Süßwarenindustrie Ost	6,0 %	2,7 % ab 01/2016	2,4 % ab 01/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 12/2017
23.02.	Holz- und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	5,0 %	4 Nullmonate 2,0 % ab 05/2016	1,7 % ab 07/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 12/2017
21.03.	Hotels und Gaststätten Bayern	100 €/Mon.	2 Nullmonate, 40 € Pauschale für 1 Monat 3,0 % ab 05/2016	2,0 % ab 05/2017, Laufzeit 27 Mon. bis 04/2018
13.04.	Deutsche Telekom AG	5,0 % untere Gruppen überproportional	2 Nullmonate 2,6/2,2 % ab 04/2016 (untere/obere Entgeltgruppen)	2,1 % ab 04/2016, Laufzeit 24 Mon. bis 01/2018
29.04.	Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	6,0 %	2,4 % ab 03/2016	2,35 % ab 02/2017, Laufzeit 24 Mon. bis 02/2018
13.05.	Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen	5,0 %	150 € Pauschale für 3 Monate 2,8 % ab 07/2016	2,0 % ab 04/2017, Laufzeit 21 Mon. bis 12/2017
17./ 18.05.	Bauhauptgewerbe (Ang. o. Bayern)	5,9 %, weitere Angleichung Ost an West	2,4/2,9 % West/Berlin-West u. -Ost/Ost ab 05/2016	2,2/2,4 % West/Berlin-West u. -Ost/Ost ab 05/2017, Laufzeit 22 Mon. bis 02/2018
20.05.	Volkswagen AG	5,0 %	3 Nullmonate 2,8 % ab 09/2016 200 € Rentenbaustein	2,0 % ab 08/2017, Laufzeit 20 Mon. bis 01/2018
31.05.	Kautschukindustrie	5,0 %	2,5 % ab 06/2016	1,9 % ab 06/2017 0,6 % ab 01/2018, Laufzeit, Laufzeit 24 Mon. bis 05/2018
13./14.06.	Druckindustrie	5,0 %	3 Nullmonate 2,0 % ab 07/2016	1,8 % ab 08/2017 Laufzeit 29 Mon. bis 08/2018
23.06.	Chemische Industrie	5,0 %	3,0 % ab 08/09/10/2016	2,3 % ab 09/10/11/2017 Laufzeit 24 Mon. bis 07/08/09/2018

Mon. = Monate

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Juni 2016

2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2016 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommens-tarifverträge für rund 9,3 Mio. Beschäftigte ab, darunter rund 1,3 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 46 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt 4,8 % (West: 4,7 %, Ost: 5,1 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate nur die tabellenwirksamen Tarifanhebungen, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außer Acht gelassen werden. Berücksichtigt man ausschließlich die **im Jahr 2016 in Kraft tretenden Tarifierhöhungen**, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,6 % (West: 2,6 % und Ost: 2,7 %). Damit liegt die Abschlussrate, die in 2016 wirksam wird, um 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr (2015: 2,9 %).

Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegen u. a. die Bereiche Verbrauchsgütergewerbe und Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,1%. Im Mittelfeld liegen u.a. das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie das Baugewerbe mit jeweils 2,5 %. Mit die höchsten Werte weisen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,9 % und der Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 3,0 % aus.

Für 52,5 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifsteigerungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Ganz überwiegend waren es drei Verzögerungsmonate. Vier von Fünf (81,2 %) der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese **Nullmonate** Pauschalzahlungen, und zwar durchschnittlich 50 € pro Verzögerungsmonat. Die **Laufzeit** der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 22,4 Monate und liegt damit immerhin gut einen Monat über dem Wert für 2015 mit 21,1 Monaten.

Bei der Bewertung der tariflichen Abschlussrate ist zu berücksichtigen, dass sie die Laufzeit und die Lage des Tarifabschlusses im Jahresverlauf nicht in Rechnung stellt. Generell gilt: Aussagen zur Veränderung von wirtschaftlichen Kennziffern müssen auf einen festen Zeitraum normiert werden, um vergleichbar zu sein. Veränderungsdaten beziehen sich in der Regel auf das Kalenderjahr. Für einen Vergleich mit den zentralen makroökonomischen Größen ist daher ausschließlich die jahresbezogene Tarifierhöhung mit Bezug auf das Vorjahr methodisch zulässig und verwendbar.

Die **jahresbezogene Steigerung** der Tarifverdienste bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen, z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und

zusätzliche Einmalzahlungen. Insgesamt ergibt sich für 17,7 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche **Tarifsteigerung für das Jahr 2016 von 2,5 %**.

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung von voraussichtlich 2,5 % für dieses Jahr liegt geringfügig unter der Höhe des Vorjahres (2015: 2,7 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 0,2 - 0,5 % wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr wiederum eine deutliche tarifliche Reallohnsteigerung erreicht.

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2016 in % ¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,6	7,8	3,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,4	3,2	1,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,1	2,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	2,3	2,1	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	1,8	1,7	1,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,8	2,5
Baugewerbe	2,7	3,3	2,8
Handel	2,9	2,9	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,6	1,4	1,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,1	2,1	2,1
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,5	3,3	2,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2,5	2,5	2,5
Gesamte Wirtschaft	2,4	2,7	2,5

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2016 gegenüber 2015
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 30.06.2016

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwischen 1,6 Prozent im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und 3,5 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Dazwischen liegen beispielsweise das Verbrauchsgütergewerbe mit 1,8 %, die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe mit 2,1 % und das Investitionsgütergewerbe mit 2,3 %. Das Baugewerbe mit 2,8 % und der Handel mit 2,9 % liegen über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Das **Tarifniveau Ost/West** hat sich im vergangenen halben Jahr geringfügig erhöht. Es beträgt für die tariflichen Grundvergütungen der mittleren Gruppe auf der Basis von Tarifbereichen mit 1,9 Mio. erfassten Beschäftigten zur Jahresmitte 2016 97,6 %.

3. Ausgewählte Tarifrunden

Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst, Bund und Gemeinden und in der Metallindustrie haben die Lohntarifrunde 2016 des ersten Halbjahres dominiert. Sie werden im Folgenden in Verlauf und Ergebnis dargestellt und analysiert.

3.1 Öffentlicher Dienst - Bund und Gemeinden

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst bildeten im Hinblick auf die großen Tarifbereiche den Auftakt des Tarifjahres 2016. In diesem Jahr wurde der TVöD für den Bereich Bund und Gemeinden verhandelt, nachdem im vergangenen Jahr der TV-L für die Länder abgeschlossen wurde. Der letzte Abschluss für Bund und Gemeinden vom April 2014 hatte eine zweistufige Tarifierhöhung von 3,0 % (mindestens 90 €) in 2014 und weiteren 2,4 % in 2015 gebracht. Damals hatte ver.di eine Tarifierhöhung von 100 € für alle Gruppen plus 3,5 % gefordert. Die Verträge liefen zum 29.02.2016 aus.

Gegenstand der Tarifverhandlungen 2016 war neben der Anhebung der Tarifentgelte auch das Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung für den Bereich der Gemeinden, über die bereits seit mehr als zehn Jahren verhandelt worden war.¹ Außerdem stand die betriebliche Altersversorgung (Zusatzversorgung) auf der Tagesordnung. Nachdem die Gewerkschaften sich 2015 mit den Ländern auf eine paritätische Beteiligung von Beschäftigten und Arbeitgebern an den Mehraufwendungen der VBL geeinigt hatten, forderten Bund und Gemeinden nun vergleichbare Regelungen.

Die ver.di-Tarifkommission beschloss am 18. Februar u. a. folgende **Forderungen**:

- Anhebung der Tarifentgelte um 6,0 % und der Ausbildungsvergütungen um 100 €/Monat in allen Ausbildungsjahren bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- unbefristete Übernahme der Ausgebildeten
- Verzicht auf sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen
- Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeit über Dezember 2016 hinaus
- kein Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung)
- Regelungen zum Gesundheitsschutz bei Flughafenfeuerwehren.

Auf die Forderung einer sozialen Komponente verzichtete ver.di dieses Mal. Zu komplex erschien das Themenpaket der Tarifrunde, bei dem neben dem Entgelt ja auch noch die Kompensation für die Mehrkosten der Entgeltordnung und die Zusatzversorgung zu verhandeln waren. Mit der Entgeltforderung von 6,0 % lag ver.di am oberen Ende des Forderungsspektrums.

Eine zentrale Begründung von ver.di für die Tarifforderung: Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten von Bund und Kommunen sei hinter derjenigen in der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben; seit 2000 um fast vier Prozentpunkte. Gegenüber der In-

¹ Für den Bereich der Länder ist eine überarbeitete Entgeltordnung bereits Anfang 2012 in Kraft getreten, für die Beschäftigten des Bundes gilt eine neue Entgeltordnung seit Anfang 2014.

dustrie sogar um gut zehn Prozent. Außerdem hätten sich die Realeinkommen der Tarifbeschäftigten insgesamt im Vergleich zu 2000 deutlich geringer, als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhöht, die preisbereinigt um mehr als 30 Prozent gestiegen seien. Die sehr positive Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund und Kommunen zeige, dass auch ein hinreichender Finanzierungsspielraum vorhanden sei (ver.di Pressemappe Tarifrunde TVöD 2016).

Die tarifliche Kernforderung stieß bei den öffentlichen Arbeitgebern erwartungsgemäß auf Ablehnung. Die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) betonte, das die Tarifforderung ein Volumen von 5,6 Mrd. Euro habe, das angesichts der angespannten Lage der kommunalen Haushalte nicht darstellbar sei. Der von ver.di ins Feld geführte Nachholbedarf des Öffentlichen Dienstes wurde bestritten. Weder die Tarifentwicklung seit 2008 noch konkrete Gehaltsvergleiche einzelner Berufsgruppen stützten diese Behauptung. Im Gegenteil: Gerade in den unteren Entgeltgruppen seien die Beschäftigten gegenüber der Privatwirtschaft deutlich im Vorteil, argumentierte die VKA (VKA 2016).

Die kommunalen Arbeitgeber machten mit Nachdruck den Regelungsbedarf bei der Altersversorgung geltend. Sie forderten eine „Neujustierung“ der betrieblichen Altersversorgung, um die Zusatzversorgung langfristig finanzierbar zu halten. „Das schließt auch Leistungseinschnitte mit ein“ (VKA 2016, 3). Dies stieß von vornherein auf Ablehnung bei ver.di. Die Gewerkschaft erklärte sich zu Verhandlungen über Anpassungen bereit, aber ohne einen Eingriff in das Leistungsrecht.

Die 1. Verhandlungsrunde am 21.03.2016 blieb ohne Ergebnis. Die Tarifvertragsparteien tauschten sich ohne Annäherung aus, die Arbeitgeber (VKA) hielten an einem Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung fest. Die Gewerkschaften riefen daher vor der 2. Verhandlungsrunde zu Warnstreiks auf. Am Ende der 2. Runde am 11./12.04. legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor, das folgende Elemente beinhaltete:

- nach 3 Nullmonaten (März - Mai) eine Entgelterhöhung um 1,0 % ab 01.06.2016,
- 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.2017,
- Laufzeit 24 Monate bis Februar 2018.

Hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung verzichteten die Arbeitgeber auf Leistungskürzung, forderten jedoch Zusatzbeiträge der ArbeitnehmerInnen. Für den Bund forderten sie eine Übernahme der Regelungen für die Länder. Die Gewerkschaften werteten dies als erstes Einlenken. Das Entgeltangebot sei aus ihrer Sicht „eine pure Provokation“, da es für die Beschäftigten einen Reallohnverlust bedeute. Die Gewerkschaften riefen daher vor der 3. Verhandlungsrunde am 28./29.04. zu weiteren Warnstreiks auf, an denen sich bundesweit rund 100.000 Beschäftigte beteiligten. Die Arbeitskampfmaßnahmen bezogen weite Bereiche des öffentlichen Dienstes ein, darunter Nahverkehrsbetriebe, Stadtreinigung, Kindertagesstätten, Krankenhäuser. Sie stie-

ßen auf teils scharfe Kritik der Arbeitgeber. Insbesondere die Einbeziehung der Bodenverkehrsdienste und Feuerwehren an Flughäfen, die zu einem Ausfall von ca. 1.000 Flügen führte, wurde als „völlig unangemessen“ bezeichnet.

In dieser Verhandlungsrunde gelang am 29.04. dann folgende **Einigung**:

Entgelt

- Anhebung der Tarifentgelte um 2,4 % ab 01.03.2016,
- Stufenerhöhung um 2,35 % ab 01.02.2017,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 35 bzw. 30 €/Monat in allen Ausbildungsjahren jeweils zum gleichen Zeitpunkt,
- Laufzeit 24 Monate bis 28.02.2018.

Entgeltordnung

- Vereinbarung einer neuen Entgeltordnung zum 01.01.2017 für die Gemeinden und damit finanzielle Aufwertung vieler Berufe
- hälftige Kompensierung dieser Mehrkosten durch Einfrieren der Sonderzahlung für 3 Jahre auf das Niveau von 2015 sowie eine Absenkung um 4,0 % in 2017.

Betriebliche Altersversorgung

- Bund: Übernahme der Länderregelung aus 2015
- Gemeinden: Einführung/Erhöhung von Beiträgen für Zusatzversorgungskassen mit anerkanntem Finanzierungsbedarf mit paritätischer Aufteilung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten in drei Schritten (0,2/0,3/0,4 % ab 01.07.16/17/18).

Weitere Vereinbarungen u. a.

- Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende von 28 auf 29 Tage ab 2016
- Verlängerung der Regelung zur Übernahme der Ausgebildeten um 2 Jahre
- 50 €/Jahr Lernmittelzuschuss für Auszubildende und Übernahme der Unterbringungskosten bei auswärtigem Berufsschulbesuch
- Verlängerung des Altersteilzeit-Tarifvertrages um 2 Jahre

Die Forderung zur Begrenzung sachgrundloser Befristung konnte nicht durchgesetzt werden.

Die Bewertung der Tarifparteien fiel unterschiedlich aus. Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske sprach von einem „sehr guten Ergebnis“. Die Gewerkschaften hätten eine deutliche Reallohnsteigerung durchgesetzt, die Angriffe der kommunalen Arbeitgeber auf die Zusatzversorgung seien abgewehrt worden. Die neu vereinbarte Entgeltordnung führe in vielen Bereichen zu deutlich verbesserten Eingruppierungen. VKA-Präsident Böhle bezifferte das Volumen des Abschlusses auf 6 Milliarden Euro und bewertete die Einigung als „schmerzhaft für viele Kommunen und kommunale Betriebe“. Im Übrigen seien vertretbare Kompromisse ausgehandelt worden. Er hob als positiv hervor, dass der tarifliche Ausschluss der sachgrundlosen Befristung abgewehrt

werden konnte. Bundesinnenminister de Mazière sprach von einem „mehr als fairen Ergebnis“ und kündigte die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten an.

Die Gewerkschaften führten nach dem Abschluss, wie bereits in den Vorjahren, eine Mitgliederbefragung durch. Nach Angaben von ver.di sprachen sich dabei 78 % der Mitglieder für die Annahme des Tarifabschlusses aus.

3.2 Metall- und Elektroindustrie

Ausgangslage und Forderung

Der letzte Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie aus 2015 umfasste neben einer Pauschalzahlung eine Tariferhöhung von 3,4 % bei einer relativ kurzen Laufzeit von 15 Monaten bis Ende März 2016. Er hatte wegen seines Volumens in den Metallarbeitgeberverbänden für erheblichen Unmut gesorgt. Die Tarifrunde 2016 in der Metall- und Elektroindustrie zeichnete sich deshalb von Beginn an durch eine konfrontative Entwicklung aus. Die Arbeitgeber signalisierten bereits zu einem frühen Zeitpunkt, dass sie kaum Verteilungsspielraum sehen und kündigten dementsprechend harten Widerstand an. Nach umfangreichen Warnstreiks einigten sich die Tarifparteien auf einen zweistufigen Abschluss, der eine Differenzierung auf betrieblicher Ebene zulässt.

Anfang Februar beschloss der IG Metall-Vorstand einen Forderungsrahmen von 4,5 bis 5,0 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. In den regionalen Tarifkommissionen reichte das Forderungsspektrum von 4,0 % bis 5,5 %. Vereinzelt wurde auch die Forderung einer sozialen Komponente thematisiert. Die Möglichkeit einer Differenzierung des Tarifergebnisses durch Öffnungsklauseln wurde überwiegend kritisch gesehen. Wenn überhaupt, dann sollten Abweichungen an tarifliche Regelungen geknüpft werden. Der Beschluss der endgültigen Forderung durch den Vorstand erfolgte am 29. Februar: Sie lautete auf Erhöhung der Vergütungen um 5,0 % bei einer 12-monatigen Laufzeit. Bei dem geforderten Plus von 5,0 % für Beschäftigte und Auszubildende orientierte sich die IG Metall nach eigenen Angaben an der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (2,0 %) und dem mittelfristigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Trendproduktivität (etwa 1,1 %). Hinzu rechnete sie eine Umverteilungskomponente, „um die Beschäftigten fair an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen“. Die Forderung lag damit knapp unter der Vorjahresforderung von 5,5 %.

Erstmals griff die Gewerkschaft im Zusammenhang mit einer Entgeltrunde explizit das Ziel auf, auch die Tarifbindung der Branche zu erhöhen (zum Hintergrund Hofmann 2016). Der Flächentarif gilt, so die IG Metall, aktuell im Schnitt nur noch für jede/n zweite/n Arbeitnehmer/in in der Metall- und Elektroindustrie. „Das hat für die Betroffenen handfeste Nachteile: Denn Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie verdienen bei vergleichbarer Tätigkeit im Durchschnitt 24,6 % weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Betrieben mit Tarifvertrag.“ (IG Metall 2016)

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall kritisierte die Forderungsempfehlung des IG-Metall-Vorstands für die Tarifrunde 2016 scharf: Diese Forderungsempfehlung lasse befürchten, dass die Gewerkschaft den Ernst der Lage nicht erkannt habe. Seit der Finanzkrise seien die Löhne in der Metall- und Elektroindustrie um 20 % gestiegen, die Produktivität aber nur um 2 %. In der Tarifrunde 2016 komme es darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes in den Mittelpunkt zu stellen. Es könne nicht im Interesse der Gewerkschaft sein, die Zweifel der Unternehmen an dem Vorteil einer Tarifbindung und an der Zukunft des Standortes Deutschland weiter zu verstärken. Das Motto der sehr intensiven Öffentlichkeitskampagne der Metallarbeitgeber lautete dementsprechend „Falsche Zeit für Höhenflüge“ (Pressemeldung vom 02.02.2016).

Verhandlungen

Der Verhandlungsaufakt erfolgte am 9. März in Niedersachsen und endete, wie auch die nachfolgenden Verhandlungen der ersten Runde bis zum 22. März in Thüringen, ohne Ergebnis. Die IG Metall stellte in ihrer Begründung auf die insgesamt positive wirtschaftliche Lage in Deutschland ab. Sie betonte die solide Entwicklung in der Metall- und Elektroindustrie und hob die seit Jahren positive Gewinnentwicklung der Branche hervor. Die Arbeitgeber verwiesen dagegen auf die Risiken der Weltkonjunktur und die unterschiedliche Entwicklung in den Teilbranchen. Bei einer Inflationsrate von Null und einer geringen Produktivitätsentwicklung sei die Tarifforderung von 5,0 % in keiner Weise gerechtfertigt. Die auch von ihnen gewünschte Erhöhung der Tarifbindung erfordere gerade niedrige Abschlüsse. Andernfalls werde es bei einer rückläufiger Tarifbindung bleiben.

Zu Beginn der 2. Verhandlungsrunde am 11. April in Nordrhein-Westfalen legten die Arbeitgeber ein **erstes Angebot** vor. Es sah bei einer Laufzeit von 12 Monaten eine Erhöhung der Vergütungen um 0,9 % ab 1. April vor, basierend auf einer angenommenen Preissteigerung von 0,3 % und einer Produktivitätssteigerung von 0,6 %. Außerdem boten sie eine nichttabellenwirksame Einmalzahlung von 0,3 % an. Der Präsident von NRW-Metall Kirchhoff bezeichnete die Tarifrunde 2016 als „eine entscheidende für die Zukunftsfähigkeit des Flächentarifs in Deutschlands bedeutendstem Industriezweig“. Von ihrem Ergebnis hänge es ab, ob verloren gegangenes Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit des Flächentarifs zurückgewonnen werden könne.

Die IG Metall wies das Angebot als „Provokation und Kampfansage“ zurück. Es würde, so IG Metall-Bezirksleiter in NRW Giesler, die Binnenkonjunktur abwürgen und sei unverschämt gegenüber den Beschäftigten. Für die 3. Verhandlungsrunde am 28. April wurde ein verhandlungsfähiges Angebot angemahnt. In den folgenden anderen regionalen Verhandlungsrunden legten die Arbeitgeber identische Angebote vor. Die IG Metall beendete die Verhandlungen jeweils nach sehr kurzer Zeit.

Vor der 3. Verhandlungsrunde Ende April forderte Gesamtmetall von der IG Metall ein Entgegenkommen. „Wir brauchen eine Korrektur der unrealistischen 5%-Forderung

nach unten“, so Gesamtmetall-Präsident Dulger (Interview Heilbronner Stimme vom 19.04.2016). Er erinnerte daran, dass der letzte Tarifabschluss bei den Metallarbeitgebern intern auf heftige Kritik gestoßen sei. Die Botschaft laute jetzt: „Das können wir uns nicht noch einmal leisten“ (ebenda).

In der 3. Runde, die in nahezu allen Tarifgebieten am 28.04. stattfand, legten die Arbeitgeber ein "Alternativangebot" vor, das bei einer Laufzeit von 24 Monaten u. a. eine zweistufige Erhöhung von insg. 2,1 % vorsah, zuzüglich einer Einmalzahlung von 0,3 % für 12 Monate als sogenannte Wettbewerbskomponente. Darüber hinaus brachten sie eine Differenzierungsklausel mit der Möglichkeit der Abweichung vom Tarifergebnis für einzelne Unternehmen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage ins Gespräch. Die IG Metall lehnte auch dieses Angebot ab.

Am Freitag, dem 29.04. endete die Friedenspflicht. An den unmittelbar einsetzenden Warnstreiks beteiligten sich bereits in den ersten beiden Tagen 140.000 und in der folgenden Woche weitere 260.000 Beschäftigte. Die 4. Verhandlungsrunde in Nordrhein-Westfalen am 09.05. brachte ebenfalls keine Einigung, jedoch erste punktuelle Annäherungen, so dass der Vorstand der IG Metall der Bezirksleitung den Auftrag gab, in einer 5. Verhandlungsrunde am 12.05. zu versuchen, eine Einigung zu erzielen. Die Warnstreiks wurden noch einmal deutlich ausgeweitet. Bis zum 12.05. beteiligten sich weitere knapp 380.000 Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen. Außerdem wurde das auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall neu geschaffene Instrument des 24-Stunden-Streiks vorbereitet, die nach einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen als reguläre Streiks, aber ohne vorherige Urabstimmung, durchgeführt werden sollten. Allein in Nordrhein-Westfalen, so Bezirksleiter Giesler, habe die IG Metall eine größere dreistellige Zahl von Betrieben identifiziert, die für diese Streikform geeignet seien (Süddeutsche Zeitung vom 06.05.2016).

In der 5. Runde am 12./13.05. erzielten die Tarifparteien in Nordrhein-Westfalen nach rund zwölfstündigen Verhandlungen folgendes **Ergebnis**:

Entgelt

- 150 € Pauschale insgesamt für April - Juni
- Anhebung des Tarifentgelts um 2,8 % ab 01.07.2016
- Stufenerhöhung von 2,0 % ab 01.04.2017
- Laufzeit von insgesamt 21 Monaten bis 31.12.2017

Differenzierung

- Möglichkeit zur Verschiebung der Pauschalzahlung und der Stufenerhöhung sowie Reduzierung der Pauschalzahlung bis auf Null für tarifgebundene Unternehmen mit unterdurchschnittlicher, schlechter Ertragslage nach Zustimmung durch die Tarifvertragsparteien.

Weitere Regelungen

- unveränderte Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages Anspruchsvoraussetzungen zur Finanzierung der Altersteilzeit bis 31.12.2017
- Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht für die Verhandlungen in der Tarifrunde 2017/2018
- Maßregelungsverbot.

Das Ergebnis wurde in ähnlicher Form anschließend in den anderen regionalen Tarifbereichen übernommen. Was die Vereinbarung zur Differenzierung betrifft, sind folgende Aspekte von Bedeutung: Gegenstand der Differenzierung kann die Pauschalzahlung (Verschiebung oder Reduzierung bis auf Null) und die Stufenanhebung (Verschiebung) sein. Die Nutzung der Bestimmungen ist nur im Rahmen des Tarifabschlusses möglich, es findet kein dauerhafter Eingriff in die Entgeltstruktur statt. Erforderlich ist die Zustimmung der Tarifparteien, Voraussetzung ist ein Antrag des Arbeitgeberverbandes für den tarifgebundenen Mitgliedsbetrieb bei der IG Metall mit entsprechenden Unterlagen zur wirtschaftlichen Lage des Betriebes. Eine Entscheidung soll innerhalb eines Monats getroffen werden. Die Tarifparteien haben sich auf eine gemeinsame Evaluierung der Umsetzung verständigt. Sie wollen darüber hinaus auch die Anwendung anderer (sonder)tariflicher Regelungen gemeinsam analysieren. Und schließlich wollen sie Vorschläge zur nachhaltigen Sicherung und Stärkung des Flächentarifvertrages entwickeln.

Die Bewertung des Abschlusses aus Sicht von Gesamtmetall fiel positiv aus: Es sei ein „solider Dreiklang aus akzeptabler Lohnerhöhung, betrieblicher Flexibilität und langer Laufzeit“. Man habe erreicht, dass die Belastung der Unternehmen deutlich unter der der Vorjahre liegt, dass die Laufzeit deutlich länger ist und dass den Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, Teile des Abschlusses zu differenzieren. Im Einzelfall könne die jährliche Kostenbelastung über die Laufzeit im Volumen von über 10 % gesenkt werden. (Gesamtmetall-Pressemitteilung vom 13.05.2016).

Aus Sicht der IG Metall bringt der Abschluss den Beschäftigten „eine deutliche Reallohnerhöhung und damit einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg“. Der tarifpolitische Kurs der volkswirtschaftlichen Vernunft sei gehalten worden. Gesamtwirtschaftlich sei dieser Abschluss ein gutes Ergebnis für Wachstum und Beschäftigung (Pressemitteilung der IG Metall vom 13.05.2016). Hinsichtlich der Einbeziehung von Betrieben ohne Tarifbindung zog die IG Metall ebenfalls eine positive Bilanz: In 40 Betrieben schloss die IG Metall nach eigenen Angaben seit Anfang des Jahres einen Tarifvertrag ab. In etwa 100 Betrieben laufen zurzeit Verhandlungen. In Sachsen-Anhalt vereinbarte die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband einen Heranführungstarifvertrag, der für tarifungebundene Betriebe die Modalitäten regelt, in vier Jahren auf das Niveau des Flächentarifvertrages zu kommen.

3.3 Chemische Industrie

Die dritte stark beachtete Tarifrunde dieses Jahres betraf die chemische Industrie. Sie lag zeitlich nach den Verhandlungen im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie. Die tarifvertraglichen Kündigungstermine lagen regional gestaffelt zwischen Juli und September. Am 8. April beschloss der IG BCE-Hauptvorstand die Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2016. Demnach sollten die Einkommen um 5,0 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten steigen. Ein weiterer Eckpunkt war die Fortführung und Weiterentwicklung der tariflichen Regelungen zum Ausbildungsplatzangebot und Berufseinstieg. Die Empfehlung war die Grundlage für die Diskussionen in den rund 1.900 Betrieben. Die Ergebnisse wurden im Mai in den 11 Tarifbezirken zusammengeführt. Am 25. Mai beschloss die große Bundestarifkommission diese Forderung endgültig. Die IG BCE verwies zur Begründung auf die gute ökonomische Situation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Diese werde auch künftig von der positiven binnenwirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Es gelte neben der Zielinflationsrate und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im besonderen Maße die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und den Wert ihrer Arbeit zu honorieren. Neben Dividendenerhöhungen und Steigerungen der Margen müsse es auch „eine kräftige Erhöhung der Tarifentgelte“ geben (IG BCE Medieninformation vom 08.04.2016). Der Arbeitgeberverband BAVC argumentierte gegen die Forderung mit der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung der Branche. Die Kosten seien seit 2010 weitaus stärker gestiegen als die Produktivität. Große Sprünge seien nicht möglich. „Nachholbedarf gibt es nur bei der Produktivität.“ (BAVC-Pressemitteilung vom 08.04.2016).

Traditionell begannen die Verhandlungen zunächst auf regionaler Ebene. Alle Verhandlungen in den regionalen Tarifgebieten blieben ergebnislos. Auch die erste Verhandlung auf Bundesebene am 14. Juni in Hannover wurde ohne Angebot der Arbeitgeber vertagt. Fortschritte wurden im Komplex Ausbildung erzielt. Die Verhandlungen wurden am **22. und 23. Juni** in Lahnstein fortgesetzt. Dort kam es zu einem **Abschluss** mit folgenden Bestandteilen:

- Erhöhung der Tarifentgelte um 3,0 % regional unterschiedlich ab 01.08., 01.09. bzw. 01.10.2016,
- 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.09., 01.10. bzw. 01.11.2017,
- Laufzeit von insgesamt 24 Monaten bis 31.07., 31.08. bzw. 30.09.2018,
- Möglichkeit zur Verschiebung der Erhöhungen um bis zu 2 Monate für Betriebe mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten,
- Weiterentwicklung und Ausbau des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“.

Als Kriterien für die Verschiebung werden im Abschluss genannt: Ein negatives Ergebnis (Verlust) im Vorjahr bzw. eine vergleichbare aktuelle Situation. Bei einer Umsatzrendite von bis zu drei Prozent entscheiden die Bundestarifparteien über die Verschiebung. Zur Förderung der Integration junger Menschen wurde u. a. zusätzlich zu den

bestehenden Instrumenten ein „Pre-Startprogramm“ vereinbart, das auf die Herstellung der Ausbildungsfähigkeit gerichtet ist.

In der Bewertung des Abschlusses stellte IG BCE-Verhandlungsführer Peter Hausmann heraus, dass das Ergebnis der Lage der chemischen Industrie entspreche und die Prozentzahlen sich auch im Branchenvergleich sehen lassen könnten. Der BAVC betonte, Planungssicherheit durch die zweijährige Laufzeit und betriebliche Flexibilität seien die entscheidenden Pluspunkte aus Arbeitgebersicht.

4. Ausblick

Die Tarifrunde 2016 ist in den meisten größeren Branchen und Tarifbereichen bereits abgeschlossen. In der zweiten Jahreshälfte stehen noch eine Reihe überwiegend kleinerer Wirtschaftszweige auf dem Tarifkalender. Dazu gehören zum Beispiel die Papier und Pappe verarbeitende Industrie, Teile des privaten Verkehrsgewerbes und die Deutsche Bahn AG. Die Tarifrunde 2017 wird zu Beginn von den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Länder) und in der Leiharbeit/Zeitarbeit bestimmt werden, wo die Verträge Ende Dezember 2016 auslaufen werden.

Literatur:

Amlinger, M./Bispinck, R./Schulten, T. (2016): Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland - Erfahrungen und Perspektiven, WSI Report, Nr. 28, Januar 2016.

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2016): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2015.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2016): Zeit für kräftiges Lohnplus in Tarifrunden, Klartext Nr. 17/2016, 29.04.2016.

Hofmann, J. (2016): Tarifbindung - eine Frage der Gerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 2/2016, Seiten 143-147.

IG Metall (2016): IG Metall fordert 5 Prozent mehr Geld, 29.02.2016
<https://www.igmetall.de/metall-Tarifrunde-ig-metall-vorstand-beschliesst-forderung-18654.htm>

IMK Arbeitskreis Konjunktur (2016): Deutsche Konjunktur robust in rauem Klima. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2016/2017, IMK-Report 113, April 2016.

ver.di (2016): Tarifrunde TVöD 2016 - Pressemappe, Berlin, März 2016.

VKA (2016): Presseinformation zur Tarifrunde 2016, Frankfurt/Main, März 2016.

WSI (2016): Pressemeldung vom 16.06.2016 „WSI-Zwischenbilanz zum 1. Halbjahr 2016. Arbeitskämpfe: Deutlicher Rückgang der Ausfalltage, aber weiter hohe Streikbeteiligung“.

Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2016

Tabellen:

Tabelle 1:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2016

Tabelle 2:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2016

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung in West und Ost zum 30.06.2016

Tabelle 4:

Tarifliche Branchenmindestlöhne West und Ost im Jahr 2016

Übersicht:

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2016

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2016 (vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten ⁵ in % ⁵	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten ⁵ in % ⁵	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in % ⁵	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in % ⁵	davon: 2016 in Kraft getr. Tariferhöhung ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	59,8	4,7	8,8	4,7	0,5	6,7	69,1	4,7	3,1	69,1
	W	50,2	4,5	6,9	4,5	-	-	57,1	4,5	3,0	57,1
	O	9,6	5,6	1,9	5,5	0,5	6,7	12,0	5,7	3,4	12,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	-	-	-	-	25,3	2,4	25,3	2,4	2,4	25,3
	W	-	-	-	-	25,3	2,4	25,3	2,4	2,4	25,3
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	26,5	4,0	21,7	4,2	609,5	5,4	657,7	5,3	2,9	657,7
	W	26,5	4,0	21,7	4,2	550,3	5,4	598,5	5,3	2,9	598,5
	O	-	-	-	-	59,2	5,3	59,2	5,3	3,0	59,2
Investitionsgütergewerbe	G	72,3	4,8	28,8	4,8	3.748,0	4,9	3.849,1	4,9	2,8	3.849,1
	W	72,3	4,8	28,8	4,8	3.323,1	4,9	3.424,2	4,9	2,8	3.424,2
	O	-	-	-	-	424,9	5,2	424,9	5,2	2,8	424,9
Verbrauchsgütergewerbe	G	263,3	3,8	126,7	3,8	87,3	3,1	477,3	3,7	2,1	477,3
	W	244,6	3,9	119,2	3,8	69,4	2,9	433,2	3,7	2,1	433,2
	O	18,7	3,8	7,5	3,8	17,9	3,7	44,1	3,7	2,0	44,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	37,8	3,1	32,3	3,0	34,8	4,2	104,9	3,5	2,5	104,9
	W	37,8	3,1	32,3	3,0	23,7	3,9	93,8	3,3	2,4	93,8
	O	-	-	-	-	11,1	4,9	11,1	4,9	2,7	11,1
Baugewerbe	G	684,8	4,7	116,3	4,9	-	-	801,1	4,7	2,5	801,1
	W	532,1	4,5	86,0	4,7	-	-	618,1	4,5	2,3	618,1
	O	152,7	5,3	30,3	5,4	-	-	183,0	5,4	2,9	183,0
Handel	G	-	-	-	-	12,7	2,1	12,7	2,1	1,3	3,9
	W	-	-	-	-	11,6	2,1	11,6	2,1	1,2	2,8
	O	-	-	-	-	1,1	2,7	1,1	2,7	1,5	1,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	61,4	4,0	28,9	4,0	50,8	4,6	141,1	4,2	2,1	141,1
	W	61,4	4,0	28,9	4,0	33,9	4,6	124,2	4,2	2,1	124,2
	O	-	-	-	-	16,9	4,6	16,9	4,6	2,4	16,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	36,0	4,1	59,1	2,3	499,7	4,9	594,8	4,6	3,0	594,8
	W	36,0	4,1	52,6	2,4	463,5	4,8	552,1	4,5	3,0	552,1
	O	-	!! LINK	6,5	2,0	36,2	6,8	42,7	6,0	3,7	42,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	-	-	11,2	5,1	2.525,5	4,8	2.536,7	4,8	2,4	2.536,7
	W	-	-	7,5	5,1	2.066,4	4,8	2.073,9	4,8	2,4	2.073,9
	O	-	-	3,7	5,1	459,1	4,8	462,8	4,8	2,4	462,8
Gesamte Wirtschaft	G	1.241,9	4,4	433,8	4,0	7.594,1	4,9	9.269,8	4,8	2,6	9.261,0
	W	1.060,9	4,3	383,9	3,9	6.567,2	4,9	8.012,0	4,7	2,6	8.003,2
	O	181,0	5,2	49,9	4,7	1.026,9	5,0	1.257,8	5,1	2,7	1.257,8

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2016¹ (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	63,2	2,8	9,7	2,8	22,1	5,7	95,0	3,5
	W	53,6	2,7	7,8	2,8	17,6	2,2	79,0	2,6
	O	9,6	3,2	1,9	3,1	4,5	19,6	16,0	7,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	8,7	-1,0	3,1	-0,8	104,3	2,0	116,1	1,7
	W	8,7	-1,0	3,1	-0,8	83,3	1,7	95,1	1,4
	O	-	-	-	-	21,0	3,2	21,0	3,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	141,5	2,4	67,6	2,4	653,3	2,1	862,4	2,1
	W	120,8	2,4	60,4	2,4	592,2	2,0	773,4	2,1
	O	20,7	2,2	7,2	2,3	61,1	2,4	89,0	2,3
Investitionsgütergewerbe	G	336,0	2,9	163,8	2,7	4.133,4	2,2	4.633,2	2,3
	W	321,6	3,0	152,6	2,8	3.649,9	2,2	4.124,1	2,3
	O	14,4	2,2	11,2	2,2	483,5	2,1	509,1	2,1
Verbrauchsgütergewerbe	G	408,2	1,7	197,6	1,6	184,5	2,4	790,3	1,8
	W	386,6	1,7	189,2	1,6	148,5	2,6	724,3	1,8
	O	21,6	1,7	8,4	1,5	36,0	1,7	66,0	1,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	67,1	2,3	61,1	2,4	184,2	2,6	312,4	2,5
	W	67,1	2,3	61,1	2,4	160,3	2,6	288,5	2,5
	O	-	-	-	-	23,9	2,8	23,9	2,8
Baugewerbe	G	732,2	2,8	118,0	2,8	-	-	850,2	2,8
	W	572,0	2,7	87,7	2,7	-	-	659,7	2,7
	O	160,2	3,3	30,3	3,3	-	-	190,5	3,3
Handel	G	788,1	2,9	2.574,5	2,9	12,7	1,1	3.375,3	2,9
	W	677,7	2,9	2.252,3	2,9	11,6	1,0	2.941,6	2,9
	O	110,4	2,9	322,2	2,9	1,1	1,4	433,7	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	211,9	2,4	109,3	2,3	238,1	0,4	559,3	1,6
	W	207,1	2,4	107,0	2,3	178,2	0,1	492,3	1,6
	O	4,8	2,3	2,3	2,3	59,9	1,2	67,0	1,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	172,7	2,1	172,7	2,1
	W	-	-	-	-	159,9	2,1	159,9	2,1
	O	-	-	-	-	12,8	2,1	12,8	2,1
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	548,0	3,0	139,7	2,5	1.817,1	2,6	2.504,8	2,7
	W	449,3	2,9	115,7	2,4	1.363,3	2,4	1.928,3	2,5
	O	98,7	3,7	24,0	2,7	453,8	3,3	576,5	3,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	-	-	11,2	3,0	3.441,3	2,5	3.452,5	2,5
	W	-	-	7,5	3,0	2.794,1	2,5	2.801,6	2,5
	O	-	-	3,7	3,0	647,2	2,5	650,9	2,5
Gesamte Wirtschaft	G	3.304,9	2,7	3.455,6	2,8	10.963,7	2,3	17.724,2	2,5
	W	2.864,5	2,6	3.044,4	2,8	9.158,9	2,3	15.067,8	2,4
	O	440,4	3,1	411,2	2,8	1.804,8	2,6	2.656,4	2,7

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2016 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2015 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche – (vorläufige Ergebnisse)

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergütungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.566	2.126	73,7
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.826	3.202	88,3
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	2.219	2.219	100,0
	G	2.479	2.479	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	3.220	3.253	99,0
Kautschukindustrie Ost/Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar	E ³	2.430	2.601	93,4
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	E	2.629	2.867	91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	2.176	2.482	87,7
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	2.184	L: 2.455 G: 2.944	89,0 74,2
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	2.454	2.464	99,6
	G	2.847	2.847	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.608	2.608	100,0
	G	2.755	2.755	100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	2.186	L: 2.230 G: 3.017	98,0 72,5
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.719	2.783	97,7
Bauhauptgewerbe Ost (o. Berlin-Ost)/ West (o. Berlin-West)	L	2.818	3.028	93,1
	G	2.283	2.451	93,1
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.549	2.658	95,9
	G	2.382	2.598	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	2.381	2.381	100,0
	G	2.386	2.386	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern ⁴	E	2.577 ⁵	2.577 ⁵	100,0
Deutsche Post AG	E	2.573	2.573	100,0
Deutsche Telekom AG ⁶	E	3.355	3.355	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Brandenburg (Speditionen u. Logistik)/Bayern	L	2.062	2.134	96,6
	G	1.928	2.608	73,9
Bankgewerbe (o. Genossenschaftsbanken)	E	3.018	3.018	100,0
Versicherungsgewerbe	E	2.913	2.913	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁷	1.627	2.104	77,3
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West inkl. Berlin	L	2.089	2.429	86,0
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden Länder (o. Hessen u. Berlin)	E	2.799	2.799	100,0
	E	2.757	2.757	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Stufe A.
- 4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
- 5) 1/12 Jahrestabellenentgelt unter Einrechnung der Jahressonderzahlung und des Urlaubsgeldes, andere Auszahlungsmodelle möglich.
- 6) Jahreszielentgelt (Angabe = Fixanteil zzgl. garantiertem, variablen Anteil; jew. auf Monatsbasis); eigene Berechnung.
- 7) Eingangsstufe.

Tarifliche Branchenmindestlöhne in Euro/Stunde

Branche	West ¹	Ost ¹
Abfallwirtschaft	9,10	9,10
Bauhauptgewerbe, Werker	11,25	11,05
Bauhauptgewerbe, Fachwerker	14,45	-
Berufl. Weiterbildung, päd. Mitarbeiter/in	14,00	13,50
Dachdeckerhandwerk	12,05	12,05
Elektrohandwerk	10,35 ²	9,85 ²
Fleischindustrie	8,60	8,60
Friseurhandwerk	8,50	8,50
Gebäudereinigung (Innen- u. Unterhaltsreinigung)	9,80	8,70
Gebäudereinigung (Glas- u. Fassadenreinigung)	12,98	11,10
Geld- und Wertdienste	bis zu 15,73	bis zu 11,24
Gerüstbauerhandwerk	10,70	10,70
Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau	8,00	7,90
Leiharbeit/Zeitarbeit	9,00	8,50
Maler- und Lackierer, ungelernete Beschäftigte	10,10	10,10
Maler- und Lackierer, Geselle	13,10	11,30
Pflegebranche	9,75	9,00
Schilder und Lichtreklameherstellerhandwerk, Helfer	10,00 ³	10,00 ³
Schilder und Lichtreklameherstellerhandwerk, Geselle	12,94 ³	12,94 ³
Schornsteinfegerhandwerk	12,95	12,95
Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk	11,35	11,00
Textil- und Bekleidungsindustrie	8,50	8,25
Wäschereidienstleistungen	8,75	8,75

1) In Berlin teilweise abweichende Branchenmindestlöhne.

2) Allgemeinverbindlichkeit ab 01.08.2016

3) Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erteilt.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2016

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2016 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2016, die bereits in den Tarifrunden 2013 - 2015 vereinbart wurden.

Bauhauptgewerbe, (Ang. o. Bayern), 675.300 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: Vereinbarung eines Stufenplans zur Erhöhung des Mindestlohnes I ab 01.01.14 auf bundesweit einheitlich 11,30 €/Std. ab 01.01.17, Erhöhung des Mindestlohnes II (West o. Berlin) um jew. 0,25 €/J. ab 01.01.14 auf 14,70 €/Std. ab 01.01.17 aus Abschluss 2013.
2,4 %, 2,2 % Stufenerhöhung für West und Berlin-West und -Ost, 2,9 %, 2,4 % Stufenerhöhung für Ost, jeweils ab 01.05.16/17, Laufzeit bis 28.02.18.
- *Sonstiges*: Verpflichtende Stellung der Unterkunft bei Tätigkeiten o. tägliche Heimfahrt ab 2017 durch den AG und Wegfall der bisherigen Auslösung, dafür Zahlung eines Verpflegungsgeldes von 24 €/Tag (bis zu 28 € durch BV möglich).

Chemische Industrie, 549.800 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: 3,0 %, regional unterschiedlich ab 01.08., 01.09. bzw. 01.10.16 für 13 Monate; 2,3 % Stufenerhöhung für weitere 11 Monate, Möglichkeit zur Verschiebung der Tarifierhöhung um max. 2 Monate bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten; Laufzeit bis 31.07., 31.08. bzw. 30.09.18.
- *Sonstiges*: Weiterentwicklung und Ausbau des TV Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 134.000 AN (EVG)

- *Entgelt*: 1,6 %, mind. 40 € mtl., Stufenerhöhung ab 01.05.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 30.09.16; Umstellung auf Jahrestabellenentgelt unter Einrechnung der Jahres-SZ und des U-Geldes ab 01.01.16 mit verschiedenen Auszahlungsmodellen.

Druckindustrie, 142.200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (April - Juni), 2,0 % ab 01.07.16, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.17, Laufzeit bis 31.08.18.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 459.500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.05.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 30.04.17.

Ost, 322.300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,0 % Stufenerhöhung regional unterschiedlich ab 01.06./01.07.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.05./30.06.17.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Ost 99.600 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 2,3 % ab 01.01.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.05.17.

Energiewirtschaft Ost (AVEU), 21.000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 800 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2016 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 28.02.17.

Gebäudereinigerhandwerk, 407.100 Arb. (IG BAU)

- *Lohn:* 2,6/3,7 % ab 01.01.16, 2,1/3,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.17 jew. im Durchschnitt West/Ost aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.10.17.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 304.100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.05.16, 90 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2016 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 30.04.17.

Sachsen-Anhalt, 15.700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* analog Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 43.100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* nach 4 Nullmonaten (Januar - April), 2,0 % ab 01.05.16, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.17, Laufzeit bis 31.12.17.
- *Sonstiges:* Abschluss eines TV Demografie mit einem AG-Beitrag von 300 €/J. pro Beschäftigten für Maßnahmen auf betrieblicher Ebene zur Gesundheitsförderung, zur Gestaltung alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen, zu einer demografieorientierten Personalpolitik oder zur Altersteilzeit, Laufzeit 01.01.17 bis 31.12.20.

Sachsen, 10.700 AN (IGM)

- *Entgelt, Sonstiges:* analog Westfalen-Lippe.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 144.700 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Februar und März) 40 € Pauschale für April, 3,0 % ab 01.05.16, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.05.17, Laufzeit bis 30.04.18.

Sachsen, 33.600 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.05.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.03.17.

Kautschukindustrie, 46.300 AN/Arb./Ang. (IG BCE)

- *Entgelt, Lohn und Gehalt:* 2,5 % ab 01.06.16, 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.06.17, 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.18, Laufzeit bis 31.05.18.

Kfz-Gewerbe Bayern, 78.400 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.10.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.05.17.

Thüringen, 13.000 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.10.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 30.04.17.

Metall- und Elektroindustrie, 3.543.800 AN (IG Metall)

- *Entgelt:* 150 € Pauschale insg. für April - Juni, 2,8 % ab 01.07.16, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.17, Möglichkeit zur Verschiebung der Pauschalzahlung und der Stufenerhöhung sowie Reduzierung der Pauschalzahlung bis auf Null für tarifgebundene Unternehmen mit unterdurchschnittlicher, schlechter Ertragslage nach Zustimmung durch die TV-Parteien, Laufzeit bis 31.12.17.
- *Sonstiges:* unveränderte Wiederinkraftsetzung des TV Anspruchsvoraussetzungen zur Finanzierung der Altersteilzeit bis 31.12.17; Wegfall der 4-wöchigen Friedenspflicht für die Verhandlungen in der Tarifrunde 2017/2018; Maßregelungsverbot; *Sachsen-Anhalt:* Abschluss eines Heranführungs-TV mit dem Ziel der schrittweisen Überleitung tarifloser Betriebe in die tariflichen Strukturen des Flächen-TV sowie eines TV über Sicherung und Entwicklung von Standort und Beschäftigung.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, Versorgungsunternehmen (TV-V), Nahverkehrsbetriebe Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen (TV-N), 2.230.500 AN (ver.di, GEW, GdP, IG BAU)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.03.16, 2,35 % Stufenerhöhung ab 01.02.17, Laufzeit bis 28.02.18.
- *Arbeitszeit, Sonderzahlung, Sonstiges:* Verlängerung des Altersteilzeit-TV um 2 J.; *Gemeinden:* Vereinbarung einer neuen Entg.-Ordnung zum 01.01.17 und zur hälftigen Kompensierung der Mehrkosten, Einfrieren der SZ in 2016/17/18 auf das Niveau von 2015 und zusätzliche Absenkung um 4,0 % in 2017; *Bund:* Einführung der Stufe 6 in EntgGr. 9a-15; *Gemeinden:* Einführung bzw. Erhöhung von Beiträgen für Zusatzversorgungskassen mit anerkanntem Finanzierungsbedarf in 3 Schritten auf dann 0,4 % ab 01.07.18, *Bund:* analoge Übernahme der Länder-Regelung und Angleichung der SZ Ost an West in 5 Schritten bis 2020.
- *Sonstiges:* Aufnahme von Tarifverhandlungen zum Gesundheitsschutz für Flughafen-Feuerwehren und Fortführung der Demografie-Tarifverhandlungen im Bereich des TV-V, jew. nach Abschluss der Tarifrunde; Verlängerung der Übernahmeregelung für Ausgebildete um 2 J., 50 € Lernmittelzuschuss für Ausz. nach BBiG in allen Ausbildungsj., Erstattung der Unterbringungskosten und Verpflegungszuschuss bei auswärtigem Berufsschulblockunterricht für Ausz. nach BBiG.

Länder (o. Hessen), 857.800 AN (ver.di, GEW, GdP, IG BAU)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung (mind. 75 €) ab 01.03.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.12.16.

Land Hessen, 51.800 AN (ver.di, GEW, GdP, IG BAU)

- *Entgelt:* 2,4 % Stufenerhöhung (mind. 80 €) ab 01.04.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.12.16.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Brandenburg (Speditionen und Logistik), 3.300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 20 € mtl. Sockelbetrag plus 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.10.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.12.17.

Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen, 16.800 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.04.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.03.17.

Ost, 9.900 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,7 % ab 01.01.16, 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.17, Laufzeit bis 31.12.17.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 76.100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.06.16 aus Abschluss 2014, Laufzeit bis 31.01.17.

Textilindustrie Ost, 9.800 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.08.16 aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 30.04.17.

Versicherungsgewerbe, 172.700 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.10.16, 100 € zusätzliche Einmalzahlung für die EntgGr. A und B im Oktober 2016 als soziale Komponente, jew. aus Abschluss 2015, Laufzeit bis 31.03.17.

Aktuelle Publikationen

Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2016

Düsseldorf, Mai 2016

ca. 161 Seiten, kostenfrei

Bestellung und Download: http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_4828.htm

Tarifpolitischer Jahresbericht 2015

Harte Arbeitskämpfe und kräftige Reallohnsteigerungen

Düsseldorf, Januar 2016

ca. 62 Seiten, **10 €**

Bestellung oder Download: http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_5371.htm?produkt=HBS-006252&chunk=1&jahr=

WSI Niedriglohn-Monitoring 2016

Entwicklung der tariflichen Vergütungsgruppen

in 40 Wirtschaftszweigen

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 81

Düsseldorf, Januar 2016

21 Seiten, **5 €**

Bestellung oder Download: http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_5376.htm?produkt=HBS-006294&chunk=1&jahr=

Tarifliche Arbeitszeitregelungen zwischen betrieblichen Flexi-Ansprüchen und individuellen Arbeitszeitoptionen

Eine Analyse ausgewählter Tarifbereiche

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 79

Düsseldorf, November 2014

58 Seiten, **5 €**

Bestellung und Download: http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_5376.htm?produkt=HBS-005983&chunk=1&jahr=

WSI-Arbeitszeitkalender 2014

Daten aus 25 Wirtschaftszweigen

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 78

Düsseldorf, August 2014

35 Seiten, **5 €**

Bestellung und Download: http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_5376.htm?produkt=HBS-005882&chunk=1&jahr=